

Platz abbeck

Sonderausgabe, 18. Juni 2016

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE, Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Städte stärken: Köln braucht mehr Geld!

Am 30. Juni beschließt der Kölner Stadtrat über den Haushalt für 2016 und 2017. Die Verwaltung hat hierfür im Mai einen Entwurf vorgelegt, nun muss die Politik entscheiden. DIE LINKE will Änderungen durchsetzen: Wir wollen Kürzungen zurücknehmen und zusätzliches Geld bereitstellen, um Wohnen, Soziales, Bildung und Infrastruktur für Alle auszubauen.

Geldnot bei Initiativen und Vereinen wächst – Kürzungen bleiben bestehen

Im Vergleich zu den letzten Jahren sind im Haushalt 2016/17 nur wenige Kürzungen enthalten. Frühere Kürzungen im Sozialen, bei der Seniorenarbeit, bei Jugend und Sport bleiben aber bestehen. Einen Ausgleich für Tarifsteigerungen gab es seit Jahren nicht. Den freien Trägern, Vereinen und Initiativen fehlen dadurch allein seit 2010 etwa 8 %.

In der Kinder- und Jugendarbeit, bei Seniorennetzwerken, Sozialberatungen und bei der Gesundheitsvorsorge mussten Initiativen und Vereine in den letzten Jahren ihre Leistungen einschränken, weil das Geld nicht mehr für Personal reicht.

Manche versuchen, die Finanzierungslücke auszugleichen, indem sie um Spenden werben. So macht das Spendensammeln einen immer größeren Teil ihrer Arbeit aus und es bleibt weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben.

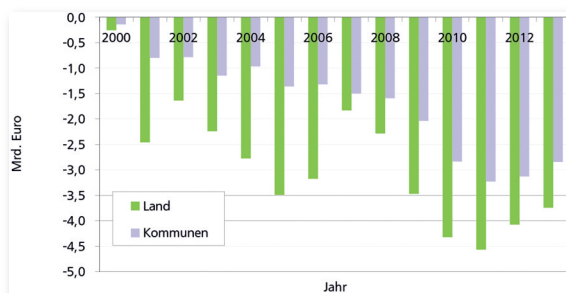
Die Stadt muss die Tarifsteigerungen und sonstige Kostensteigerungen ausgleichen!

Das Minus im Haushalt der Stadt Köln – nicht hausgemacht!

Der Kölner Haushalt ist seit Jahren im Minus. Aus eigener Kraft kann Köln das kaum ändern, denn eine Stadt kann nur über einen kleinen Teil ihrer Einnahmen und Ausgaben frei bestimmen. Der größte Teil ist durch Gesetze des Bundes und des Landes NRW festgelegt. Für 2016 sind im Kölner Haushalt Ausgaben von etwa 4,1 Mrd. Euro geplant. Dabei kann die Stadt Köln über 300 bis 350 Mio. selbst bestimmen. Dieses Geld fließt in den Ganztags an

Schulen, in Gesundheitsvorsorge, Sportvereine, in die Kulturförderung und in viele andere Bereiche. Um das Defizit von 252,6 Mio. Euro auszugleichen, müssten alle diese Bereiche weitgehend gestrichen werden. Vor allem Menschen mit wenig Geld, die auf die städtischen und auf die von der Stadt geförderten Leistungen angewiesen sind, wären davon betroffen. Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

Köln kann sein Minus nicht selbst ausgleichen. – Es ist aber auch nur zu einem kleinen Teil durch Kölner Handeln entstanden, bei aller berechtigten Kritik auch der



Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche reißen Löcher in die Kassen der NRW-Kommunen

LINKEN an unnötigen Prestigeprojekten wie der Deutzer Rheintreppe oder der geplanten „Historische Mitte“.

Die Verursacher für das Defizit in Köln und in vielen anderen Städten sitzen in Berlin und in Düsseldorf. Bund und Land haben den Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen, ohne ihnen dafür das Geld zu geben. Und sie haben durch Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche die Einnahmen von Bund, Land und Kommunen so weit gesenkt, dass diese ins Minus gerutscht sind. Durch die Steuersenkungen des Bundes (angefangen rot-grün unter Kanzler Schröder) fehlen den NRW-Kommunen jährlich etwa 3 Mrd. Euro (ver.di: Kommunalfinanzbericht 2015).

Diese Entwicklung wollen wir umdrehen. DIE LINKE schlägt daher vor, dass in Zukunft – wie andere Betriebe – auch Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen Gewerbesteuer abführen. Zudem wollen

wir die Vermögensteuer wieder einführen. Eine Vermögensteuer nach dem Modell der LINKEN („Millionärssteuer“) würde für Köln mindestens 110 Millionen Euro an Mehreinnahmen bedeuten. Diese Steueränderungen kann aber nicht die Stadt beschließen, sondern nur Bund und die Bundesländer.

Die Einnahmen der Stadt verbessern!

Das heißt aber nicht, dass wir in Köln nichts machen können: DIE LINKE hat eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die Einnahmen der Stadt Köln zu verbessern und Wohnen, Soziales, Bildung und Infrastruktur für Alle zu finanzieren. Insgesamt könnten mit unseren Vorschlägen 2016 etwa 28,3 Mio. Euro mehr eingenommen werden und 2017 etwa 36,5 Mio. Euro.

Die Stadt Köln gibt viel Geld für Aufträge an Privatfirmen aus, obwohl diese Aufgaben durch städtische Mitarbeiter günstiger erledigt werden könnten. Wir wollen städtische Mitarbeiter qualifizieren und Fachpersonal einstellen, um auf teure externe Beauftragungen verzichten zu können.

Auf jahrelanges Drängen der LINKEN hat Köln die Zahl der städtischen Betriebsprüfer von drei auf sechs erhöht. Diese unterstützen das Finanzamt bei der Erhebung der Gewerbesteuer und decken Steuertricks von Großbetrieben auf. Jeder Betriebsprüfer sorgt so für Mehreinnahmen von je einer Million Euro. Wir wollen die Zahl der Betriebsprüfer auf zwölf verdoppeln.

Und schließlich wollen wir die Gewerbesteuer leicht anheben. Mit 490 Hebepunkten wäre Köln auf demselben Niveau wie Bonn. Bereits jetzt profitieren die Kölner Unternehmen vom Wachstum der Stadt und der Infrastruktur, die für sie bereitgestellt wird. Deshalb ist eine Beteiligung an den Kosten gerechtfertigt.

Wohnen + Soziales + Bildung + Infrastruktur für ALLE ausbauen!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Köln in Wohnungsbau, Soziales, Bildung und Infrastruktur für ALLE investiert. Wir schlagen Maßnahmen vor, mit denen die Stadt in 2016 etwa 28,3 Mio. Euro mehr einnehmen kann und in 2017 bereits 36,5 Mio. Euro.

Dieses Geld wollen wir in Bereiche investieren, von denen alle Kölnerinnen und Kölner etwas haben. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder in Köln ein gutes Leben führen kann. Dabei unterscheiden wir nicht danach, ob jemand schon lange oder erst kurz hier lebt.

Günstige Wohnungen für ALLE mit geringem Einkommen!

Wir brauchen mindestens 2.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Nur wenn städtische Unternehmen diese Wohnungen bauen, werden sie auch auf Dauer günstig sein. Dafür brauchen wir starke städtische Wohnungsunternehmen wie die GAG. Ihre Gewinnausschüttung an die Stadt darf nicht erhöht werden, denn das Geld fehlt dann für den Wohnungsbau. Um den drängenden Bedarf an Wohnraum für Geflüchtete und Studierende schnell zu decken, setzen wir auf Wohneinheiten in Systembauweise.

In den vergangenen zwei Jahren fasste der Kölner Rat zur Wohnungspolitik fortschrittliche Beschlüsse: Die Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen oder Gewerbe soll abgewendet werden; mit Milieuschutzsatzungen soll die Verdrängung von Mietern verhindert werden; mit der Wiedereinführung des städtischen Vorkaufsrechtes soll die Stadt Zugriff auf wichtige Grundstücke für den Wohnungsbau bekommen. Wirksam sind diese Beschlüsse aber nur, wenn das für Einführung, Begleitung und Kontrolle notwendige Personal bereitgestellt wird.

Das Baulückenprogramm, ehemals das erfolgreichste Wohnungsbauprogramm in Köln, wurde immer weiter zusammengestrichen: von elf Mitarbeitern in 2002 auf jetzt noch drei. Wir wollen eine Wende erreichen.

Wir fordern für den Haushalt 2016/17:

- + Wohnraumzweckentfremdung:
Fünf zusätzliche Stellen
- + Milieuschutzsatzung:
Vier zusätzliche Stellen für die Begleitung der geplanten Milieuschutzgebiete Mülheim und Vringesveedel
- + Städtisches Vorkaufsrecht:
Zehn zusätzliche Stellen
- + Baulückenprogramm:
Fünf zusätzliche Stellen

Wir machen Köln sozialer für ALLE!

DIE LINKE will soziale Leistungen ausbauen, von denen alle profitieren. Zukünftig sollen auch Geringverdiener mit einem Einkommen 40 % über dem SGB II-Regelsatz plus Miete einen Köln-Pass mit seinen Vergünstigungen erhalten.

Streetworker sprechen gezielt Jugendliche an, die Unterstützung brauchen und vermitteln bei Konflikten im Veedel. Statt bisher 6 sollen 18 diesen wichtigen Job erledigen.

ALG II-Empfänger brauchen endlich bessere Unterstützung. Die Stadt soll mehr Möglichkeiten für Kinderbetreuung, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung schaffen.

Sexismus muss nicht erst seit Silvester bekämpft werden. Ein antisexistisches Maßnahmenprogramm braucht mehr Mittel für Fortbildung, Gewaltprävention und Beratungsarbeit.

In Köln haben sich schon immer Menschen aus aller Welt niedergelassen. Das Interkulturelle Maßnahmenprogramm erleichtert ihre Integration. DIE LINKE möchte alle Maßnahmen mit hoher Priorität verwirklichen. Viele Geflüchtete leben unter unzureichenden Bedingungen in Turn- und Leichtbauhallen. Damit sich Konflikte nicht aufschaukeln und Übergriffe vermieden werden, brauchen wir ausreichend unabhängige Ombudsleute.

Wir fordern für den Haushalt 2016/17:

- + Mehr Menschen sollen den Köln-Pass bekommen können
- + 12 zusätzliche Streetworker
- + Mehr Unterstützung für ALG II-Empfänger
- + Antisexistisches Maßnahmenprogramm einführen
- + Interkulturelles Maßnahmenprogramm ausreichend finanzieren
- + Ausreichend Ombudsleute für Geflüchtete

Gute Bildung für ALLE!

Bildung ist Ländersache. Vieles bezahlt das Land NRW nur unzureichend und die Stadt Köln ist gezwungen nachzubessern.

Die Offene Ganztagsgrundschule (OGTS) hat viel zu wenig Geld für ausreichend bezahltes, qualifiziertes Personal, für Räume und Material. Dies wollen wir ändern.

Schulsozialarbeit an jeder Schule ist ein Muss, wenn die Inklusion von behinderten Kindern, die Integration von Flüchtlingen und die Förderung von armen und sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gelingen soll.

Für Förderprojekte an Grundschulen in sozialen Brennpunkten hatte DIE LINKE im letzten Haushalt Geld durchsetzen können. Diese Gelder sollen 2016/17 wegfallen. DIE

LINKE meint: Diese Schulen brauchen dauerhaft mehr Geld!

Bildung muss kostenfrei sein, fordert DIE LINKE. Deshalb wollen wir die - von CDU und Grünen gestrichenen - beitragsfreien sechs Monate im Kindergarten wieder zurück. Für die Eltern kann das mehrere tausend Euro ausmachen. Auch die Erhöhung der Beiträge für die Offene Ganztagsgrundschule ist mit der LINKEN nicht zu machen.

An der Volkshochschule unterrichten Dozentinnen und Dozenten Deutsch zu Hungerlöhnen. Wir wollen das Honorar zumindest auf den empfohlenen Mindestbetrag anheben.

Wir fordern für den Haushalt 2016/17:

- + Mehr und besser bezahltes Personal für Offene Ganztagsgrundschulen
- + Schulsozialarbeit an allen Schulen
- + Förderprojekte an Schulen in sozialen Brennpunkten fortsetzen
- + Rücknahme der Streichung des dritten beitragsfreien Kita-Halbjahres
- + Rücknahme der Erhöhung der Elternbeiträge OGTS
- + Honorare an der VHS anheben

Infrastruktur instand halten, modernisieren und ausbauen!

Der Anteil von Fußgängern, Fahrrad, Busen und Bahnen am Verkehr in Köln wächst. Die Verkehrsinfrastruktur ist aber auf das Auto ausgerichtet und ökologische Verkehrsmittel müssen sich mit den Resten begnügen. Das wollen wir ändern:

Wir wollen entlang der Gürteltrasse die Ausbauplanungen für eine Autostraße endgültig beenden und stattdessen zwischen Ehrenfeld, Nippes und Mülheim den ersten innerstädtischen Radschnellweg einrichten.

Eine Mobilitätsstation verbindet ÖPNV, Rad und Carsharing miteinander. Sie macht den Zugang zu Mobilität sozialer und ökologischer. Sie müssen dort gebaut werden, wo das ÖPNV-Netz endet oder Lücken hat, wie z.B. in Chorweiler.

Wir wollen starke kommunale Unternehmen! Die Stadtwerke Köln (dazu gehören z.B. die RheinEnergie, die KVB, die AWB, die KölnBäder und NetCologne) müssen in den nächsten Jahren ihre Infrastruktur modernisieren und ausbauen. Ihnen darf nicht das Geld genommen werden, um damit Löcher im Haushalt der Stadt zu stopfen!

Wir fordern für den Haushalt 2016/17:

- + Radschnellweg zwischen Ehrenfeld, Nippes und Mülheim
- + Mobilitätsstation in Chorweiler
- + Ein fahrscheinloser Tag bei der KVB